

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).
Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 116.

Freitag, 21. Mai 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Postgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 3.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (7 Silben) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachmittags- und Vermerkungsgebühr 30 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wiergehörtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegervereinbarung — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktplatz 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Röhner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Bekanntmachung,

die Judenkarten der Reihe 16 betreffend.
Die Gültigkeit der Judenkarten für den laufenden Verordnungszeitraum (13. Februar bis 20. Mai 1920) erlischt mit dem 20. Mai 1920.
Nach diesem Zeitraum darf auf Judenkarten, Besuchsarten und Ergänzungsarten der Reihe 16 im Kleinhandel nicht mehr abgegeben werden.
Die Besuchs- und Ergänzungsarten der Reihe 16 sind bis zum 10. Juni 1920 durch die Mitglieder der Judenvertreterstelle an diese einzureichen.
Dresden, den 19. Mai 1920. 397 V L A io
Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt. 1739

Fleischversorgung in der Woche vom 17.—24. Mai 1920.

Auf die Reichsliste der Reihe P erhalten auf die Marken 1—10 des 1—5
1. bei den Fleischern der Schlachtstelle Großenhain:
Personen über 6 Jahre bis 45 gr Kalbfleisch und bis 130 gr Schweinefleisch,
Personen unter 6 Jahre bis 25 gr Kalbfleisch und bis 65 gr Schweinefleisch,
2. bei den Fleischern der Schlachtstellen Nadeburg, Samsdorf und Merschwitz:
Personen über 6 Jahre bis 100 gr Kalbfleisch und bis 75 gr Schweinefleisch,
Personen unter 6 Jahre bis 50 gr Kalbfleisch und bis 35 gr Schweinefleisch,
3. bei den Fleischern der Schlachtstellen Riesa und Gröba:
Personen über 6 Jahre bis 175 gr Rind- und Kalbfleisch,
Personen unter 6 Jahre bis 85 gr Rind- und Kalbfleisch.
Der Ausgleich in der verschiedenen Belieferung mit Schweinefleisch erfolgt in einer der nächsten Wochen.
Der Preis beträgt bei:
Rindfleisch 3,75 Mk.
Kalbfleisch 3,80 Mk.
Schweinefleisch 9,08 Mk.
Blut- und Leberwurst 4,30 Mk.
für das ausgewogene Pfund.
Großenhain, am 20. Mai 1920.
Die Amtshauptmannschaft.

Obstverpackungen 1920.

Es wird nochmals auf die Verordnung des Wirtschaftsministeriums — Landeslebensmittelamt — vom 3. März 1920 hingewiesen, wonach die Verpackungserträge über Obst-

nahrungen innerhalb 5 Tagen nach Abschluß des Vertrages vom Verpächter dem Kommunalverband einzureichen sind.
Kommunalverhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.
Großenhain, am 20. Mai 1920.
Der Kommunalverband.

Ratsbotenstelle

1. Juni zu befehlen. Gehalt 1800 Mk. steigend aller 2 Jahre um 150 Mk. bis 2200 Mk. und Feuerungsanlagen nach staatlichen Grundbüchern. Gehaltsneuregelung bevorstehend. Pensionsberechtigung. Bewerber, die körperlich rüstig und im Verkehr mit dem Publikum gewandt sind, auch gut und richtig schreiben können, wollen bis spätestens den 26. Mai ihr Gesuch hier einreichen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 21. Mai 1920. Fnd.

Als Schlichter sind von uns in Nicht genommen worden die Herren Gustav Siebe und Raudorf, Richard Georgi aus Riesa und Eduard Schaller aus Reichenbach.
Der Rat der Stadt Riesa, am 20. Mai 1920. Schmn.

Kirchverpachtung, Rittergut Merzdorf.

Die diesjährige Kirchverpachtung des Rittergutes Merzdorf im sogenannten Saugrund und an der vom Bahnhofsstraßenhaus in die Felder führenden Allee soll verpachtet werden. Schriftliche Pachttangebote werden bis spätestens
Dienstag, den 25. Mai 1920
an das Gemeindeamt Gröba, Zimmer Nr. 12 erbeten. Bedingungen sind vorher daselbst einzusehen.
Gröba (Elbe), am 20. Mai 1920. Der Gemeindevorstand.

Pferdefleischverkauf bei Herrn Albert Mehlhorn in Gröba

Sonnabend, den 22. Mai 1920, vorm. 9—10 Uhr auf die Nummern 101—130 der roten Ausweisliste.
Gröba (Elbe), am 21. Mai 1920. Der Gemeindevorstand.
Milkarten-Ausgabe Sonnabend, den 22. Mai 1920, vorm. von 8—10 Uhr im Gemeindeamt.
Gröba, am 21. Mai 1920. Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Schickliches.

Riesa, den 21. Mai 1920.

Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei. Die gestern abend im Hotel Wettiner Hof abgehaltene zweite Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei war etwas besser besucht als die erste; der Saal war fast gefüllt. Der Redner, Herr Direktor Willi, Dresden, führte aus, daß es ihm vor allem darauf ankomme, eine Gemeinsamkeitsstunde mit den Christen zu haben, die der Betrachtung und Durchbrechung der Sorgen unserer Zeit dienen sollte. Eine unangenehme Sehnsucht nach dem Guten und Gütlichen, das wir als Deutsche in den Jahren vor dem Krieg und bis in die ersten Jahre des Krieges hinein, besaßen, erfüllte uns. Wir seien ein unterlegenes, aber feines, geschicktes Volk. Man habe uns militärisch nicht bezwungen können. Bis in die untersten Schichten hinein habe das Volk in diesem Kriege Leistungen vollbracht, die die Weltgeschichte eines Tages ganz anders beurteilen und bewundern werde, als wir Menschen von heute. Durch diesen Kampf der Krieg verloren worden sei, das lasse sich heute, wenn man ehrlich sei, nicht sagen. Redner meinte, er möchte nicht behaupten, der ganze Zusammenbruch sei nur von der Sozialdemokratie her vorgegangen. Aber er verlange auch von der Sozialdemokratie das Maß von Gerechtigkeit, daß sie den Zusammenbruch nicht nur auf den früheren Staat und seine Schwächen abschiebe. Daß neue Männer, die nach dem 9. November 1918 an die Regierung kamen, kein leichtes Amt gehabt hätten, sei selbstverständlich. Es müsse auch anerkannt werden, daß sie von redlichen Willen besetzt gewesen seien bis auf den heutigen Tag. Aber redlicher Wille allein genüge nicht. Es sei auch natürlich, daß der verlorene Krieg und Opfer auferlege. Die Opfer, die finanzieller Art sein würden, seien in erster Linie auf die Schultern des Volkes abzuwälzen. Nur müsse das in einer Form geschehen, die von der Vernunft diktiert werde. Was den heute Regierenden zum Vorwurf zu machen sei, sei nicht, daß sie angesichts ihres schweren Amtes nicht alles Leistungsfähige gewesen seien, sondern, daß alle beglückende Ordnung, alle Frucht und Blütenfrucht, die wir früher in so großem Maße gehabt hätten, zertrümmert und niedergebracht seien. Das, was das deutsche Volk heute beweise und erfülle, lasse sich in ein paar ganz alltägliche Worte zusammenfassen, hinter denen aber ein heiliger Born brenne, in die Worte: Es geht es nicht weiter! Aber das Bewußtsein, daß es so nicht weiter gehen könne, müsse uns anspornen, am 6. Juni unsere Pflicht zu tun, eine Pflicht, die enger noch sei, als die es war, in den Jahren des Krieges Kriegesgenossen zu sein. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sandermann habe in einer Dresdener Versammlung gesagt, daß Sozialdemokraten gewählt werden müßten; denn wenn Männer in die Regierung kämen, die nicht Sozialdemokraten seien, dann werde dem Volke das Wahlrecht wieder genommen werden. Das sei eine ungeheuerliche Behauptung, die Herr Sandermann niemals beweisen könne. Bereits am 27. März 1917 sei Stressemann im Reichstag auf das energischste für eine Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts eingetreten. Die nationale liberale Partei, aus der die Deutsche Volkspartei hervorgegangen sei, sei auch in der Wahlrechtsfrage ein Schrittmacher gewesen, genau so wie es ebendies die sozialen Reformen durchzusetzen bemüht gewesen sei. Auch das Volk in seinen untersten Schichten habe in dem Kriege bewiesen, daß es mündiger sei, als man mit dem Dreiklassenwahlrecht habe glauben machen wollen, und daß es fähig sei, ein freies Wahlrecht zu gebrauchen. Auch die Deutschenationalen hätten nicht daran, dem Volk dieses Recht streitig zu machen. An einem sozialdemokratischen Flugblatt habe es, nach

die Worte an sozialem Geist vermissen lassen, falls auf das Konto der bürgerlichen Parteien, die in der Nationalversammlung über die Mehrheit verfügt hätten. In Wirklichkeit seien die sogenannten streng bürgerlichen Parteien, die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei, armütlich in der Mehrheit gewesen, sie hätten sich lediglich ihrer Zahl noch in der Opposition verhalten müssen und seien vernichtet in der Lage gewesen, die Weiche grundsätzlich zu beeinflussen. Die Sozialdemokratie führe den Kampf gegen das Kapital, Kapital sei Vermögen. Sei aber Vermögen an sich so schlecht, daß es bekämpft werden müsse? Vermögen sei an sich weder gut noch schlecht, sondern einfach eine Notwendigkeit, um wiederum Vermögen zu erzeugen, um Möglichkeiten zur Arbeit zu geben und andere Möglichkeiten aufzubauen. Auch der Staat brauche Vermögen, und wenn der Staat sich durch Enteignung zum alleinigen Kapitalisten mache, sei doch der Begriff des Kapitals nicht auszumergen. Einer müsse das Geld besitzen, um die anderen unterhalten zu können. Die Sozialdemokratie sage ferner, das Bürgerium müsse bekämpft werden und lege damit die Art an die Wurzel unseres Volkstums. Das anfängliche deutsche Bürgerium habe die Zentren des Deutschen Reiches, die Städte, geschaffen. Und was sei das Ziel jedes vernünftigen Menschen? Sich anständig zu machen, eine Familie zu gründen, Erbschaften zu machen und das Bürgerrecht zu erwerben. Und sei denn der Arbeiter kein Bürger? Derjenige Mann, der eine anständige Meinung gehabt habe, sei immer ein Bürger gewesen. Gemeinrat Kahl habe gesagt, daß die sozialistischen Ideen im Gegensatz von sozialen Ideen zu ihrem Gegenteil führten, und zwar, weil sie nicht bis zu Ende gedacht seien. Wer das Vermögen bekämpfe, bekämpfe die Möglichkeit, wieder aufzubauen, und wir hätten den Wiederaufbau nötiger denn je. Wer das Bürgerium bekämpfe, trenne die Wurzel von dem Baum, der das Deutsche Reich gebildet. Der preussische Kultusminister Hantsch habe in einer Rede in Leipzig die Not der geistigen Arbeiter in durchaus ehrliebe Weise geschildert und erklärt, daß man werde für die wissenschaftlichen Intellektuellen mit dem Klingelbeutel beim Privatkapital herumgehen müssen. Ferner habe er bedauert, daß es keine Orden und Titel mehr gäbe, um wohlthätige Stiftungen zu belohnen. Er glaube die Zeit nicht mehr fern, wo wieder Titel und Orden, natürlich republikanische, ausgeteilt würden. Also ohne das Kapital gehe es nicht, den Zusammenbruch und die Not der geistigen Arbeiter aufzuhalten. Und doch werde das Kapital mit Steuern überhäuft, die unvernünftig seien. Redner suchte das an einem Beispiel zu beweisen, das zeigte, daß einem Rentner mit 25 000 Mark Einkommen infolge der Steuern nur noch 12 000 Mark verblieben. Mit einem solchen Betrag auszukommen, sei nur möglich, wenn man den Finger in den Mund stecke, aber republikanische Orden seien damit nicht zu erwerben. Also so wie bisher könne es nicht weiter gehen. Man werde die Sozialdemokratie nicht ausschließen dürfen von der Regierung, aber man werde ihnen Sachminister an die Seite geben müssen. Am 6. Juni werde für 4 Jahre gewählt, und Regierungsexperimente von Regierungsdirektoren 4 Jahre lang halte unter Waterland nicht mehr aus. Wir erhielten dann einen Trümmersack, der alle unter sich begrade. Das Volk müsse sich bestimmen, um was es gehe und Sorge tragen, daß es anders und besser werde. Die Ausführungen des Vortragenden wurden mit anhaltendem Beifall aufgenommen. Frau v. Pant, Dresden, die über „Die Frau und die Reichstagswahl“ sprechen sollte, war nicht erschienen. — An den Vortrag des Herrn Willi schloß sich noch eine längere Aussprache, in der den Rednern unbedingte Redezeit gewährt wurde und die Herr Direktor Kober von der Deutschen demokratischen Partei eröffnete. Er wies die Angriffe zurück, die von der Deutschen Volkspartei

in hiesigen Versammlungen und in Flugblättern gegen die Deutsche demokratische Partei erhoben worden sind. Herr Kommerzienrat Schönlherz nahm ebenfalls wieder das Wort und ließ sich u. a. darüber aus, wie er sich den Wiederaufbau denke. Er halte einen Abbau der Löhne und Gehälter, sowie der Preise für notwendig und ist der Meinung, daß die Unternehmer mit dem Abbau der Preise den Anfang machen müßten, der planmäßig etwa in der Weise geschehen könne, daß bis Ende Juni die im April gültigen Preise nicht überschritten werden dürften. Vom 1. Juli bis 30. September müsse jeder Preis um 10 Prozent abgebaut werden. Vom 1. Oktober ab habe dann ein weiterer Preisabbau von 5 Prozent zu erfolgen. Ein planmäßiger Abbau werde wieder Vertrauen erwecken und einen katastrophalen Zusammenbruch verhindern. Nachdem noch ein Sozialdemokrat gesprochen und der Vortragende den Debatten erwidert hatte, erreichte die Versammlung, die während der Aussprache einen lebhaften Charakter angenommen hatte, gegen 1/21 Uhr ihr Ende.
Wahlversammlung der D. D. V. In Behinderung des Referenten, Herrn Schirmer, war Herr Krause-Dresden für den gestrigen Abend gewonnen worden. Seine anderthalbstündigen Ausführungen leitete der Redner ein mit dem Ausspruch: „Wahltag ist Jahrtag!“ Der bevorstehende 6. Juni, der Tag der Reichstagswahl, sei vor allem für das arbeitende Volk ein Tag außerordentlich wichtiger Bedeutung, ein Karfreitag in der Entwicklung der Zukunft, entscheidend über die Geschicke für Jahrhunderte, und nicht nur für Jahrzehnte. Deshalb sei es dringlichstes Erfordernis, gründliche Auffklärung über den Sozialismus zu schaffen. Nicht nur in den eigenen Reihen, sondern in der ganzen Welt erwarte man mit äußerster Spannung den Ausgang der Wahlen. Ausgehend von den Augusttagen 1914 freiste der Vortragende die Tätigkeit der Regierung seit der Revolution, erwähnte hierbei das allgemeine gleiche Wahlrecht, das Wahlrecht der Frau, den 8-Stunden-Arbeitstag und das Betriebsratsgesetz, betonte, daß alle diese Errungenschaften nicht durch die Regierung geschaffen, sondern vielmehr durch die Diktatur der Arbeiterkraft entstanden seien. Am Schluß seiner Rede, die insonderheit gegen die Reichstagssozialdemokratische Partei gerichtet war, besprach er eingehend nochmals das Frauenwahlrecht, dabei die Frau als Stütze der Reaktion bezeichnend. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Aussprache erfolgte nicht. Nach dem Schlußwort des Leiters der nur mäßig besuchten Versammlung fand diese bereits gegen 1/10 Uhr ihr Ende.
— Licht-Luftbad. Durch Beschluß des Rats- und Stadtvorordnetenkollegiums ist das Licht-Luftbad auf Kosten der Stadt einem Umbau unterzogen worden. Anstelle der früheren zwei Abteilungen ist nur eine Abteilung geschaffen worden, wodurch der Baderaum bedeutend größer geworden ist. Mehrere Barren, Becken, Schauteln, eine Laufbahn mit Sprungtänder, eine Regelbahn, vier Duschen sind vorhanden und noch vieles andere mehr. Es bietet sich demnach einem jeden Gelegenheit, seinen Körper in frischer Luft und Sonne zu stärken.
— Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 20. dieses Monats sind im heiligen Krankenhause aus dem verschlossenen gewissen Reiteräume mittels Einbruchs drei geräucherter Schinken von zusammen etwa 44 Pfund, etwa sechs geräucherter Blut-, Leber- und Mettwürste und etwa acht Stücke geräucherter Schweinefleisch im Gesamtgewicht von etwa 40 Pfund, ferner 8—10 Stück gute Butter und eine Flasche Cognac im Gesamtwert von etwa 1000 Mark gestohlen worden. Der Täter hat sich durch die Einfriedigung Zugang in den Krankenhausegarten verschafft